

Do, 07.01.2010, 14:30

■(Zusammenfassung 1430) Industrie sieht kein Ende der Wirtschaftskrise

Hannover (dpa/lni) - Die Metall- und Elektroindustrie in Niedersachsen sieht noch kein Ende der Wirtschaftskrise. «Wir sind auf Erholungskurs, aber der Weg aus der Krise ist noch lang», sagte der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes NiedersachsenMetall, Volker Schmidt, am Donnerstag in Hannover. Das Jahr 2010 werde nicht leichter als 2009. Zwar sei die Talfahrt gestoppt, die Kapazitätsauslastung der Betriebe nehme zu - allerdings auf einem niedrigen Niveau. Es sei zu befürchten, dass die finanziellen Engpässe der Unternehmen zunehmen.

In diesem Jahr drohe daher ein deutlicher Rückgang der Beschäftigung. Die meisten Betriebe hätten wegen Kurzarbeit und flexiblen Arbeitszeitkonten ihre Stammbeschaften bislang halten können. Wenn aber alle Möglichkeiten ausgeschöpft seien und die Existenz der Unternehmen auf der Kippe stehe, gäbe es keine Alternative zu einem Stellenabbau.

Laut einer Konjunkturumfrage gehen 40 Prozent der befragten Betriebe davon aus, dass sie in diesem Jahr aufgrund der weiterhin niedrigen Auslastung Stellen streichen müssen. Die Kapazitätsauslastung, die im Sommer 2008 - vor der Krise - noch bei 98 Prozent lag, sei 2009 auf 70 Prozent gesunken und werde in diesem Jahr nur auf 75 Prozent steigen. Die Industrie sei wegen der Lage der Weltwirtschaft skeptisch und erwarte nur eine schleppende Erholung. Nur knapp 20 Prozent der Metall- und Elektrounternehmen wollen daher mehr investieren als im Vorjahr.

Alleine in der wichtigen Metall- und Elektroindustrie in Niedersachsen sind rund 80 000 Menschen beschäftigt. Im vergangenen Jahr sind laut Verband rund 3000 Jobs abgebaut worden.

Die Branche sei derzeit «30 Meter unter der Wasseroberfläche» und müsse versuchen, wieder nach oben zu kommen, sagte Schmidt. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg habe die gesamte Metall- und Elektroindustrie im vergangenen Jahr rote Zahlen geschrieben.

Im zweiten Halbjahr 2009 drohe zudem ein «Schwächeanfall» der Konjunktur - bei steigender Arbeitslosigkeit und dem Auslaufen staatlicher Konjunkturprogrammen. Schmidt forderte die Bundesregierung auf, von Streichungen bei der Förderung der Kurzarbeit Abstand zu nehmen. Derzeit können sich Arbeitgeber die Sozialabgaben für Kurzarbeiter voll von der Bundesagentur für Arbeit erstatten lassen, sofern die Kurzarbeit länger als sechs Monate dauert. Diese Förderung läuft aber Ende 2010 aus. Schmidt kritisierte, Kurzarbeit werde dann für viele Unternehmen zu teuer.

Er sprach sich zudem deutlich gegen eine Steuerreform aus, verbunden mit massiven Steuerausfällen und dem Abbau von Steuervergünstigungen. An der «Steuerfront» müsse Ruhe herrschen, um Konsumenten und Investoren nicht zu verunsichern.

[PK]: Haus der Industrie, Schiffgraben 36, Hannover